



**Unabhängige  
Wählergemeinschaft Wesermarsch  
Fraktion**

**im Kreistag des Landkreises Wesermarsch**  
Vors.: Olaf Michalowski \* Eichenallee 55a \* 26349 Jade  
Tel.: 0 44 54 – 97 97 43 \*E-Mail: [Kreistag@uwg-jade.de](mailto:Kreistag@uwg-jade.de)  
Wahlperiode 2021 / 2026

An

Herrn Landrat  
Stephan Siefken  
Kreishaus  
26919 Brake

Landkreis Wesermarsch  
Eingang 06.02.2023 19:59 Uhr  
per E-Mail

06. Februar 2023

**Antrag Käseburg**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
lieber Stephan,

seit nunmehr fünf Jahren prüft die Landesregierung, ob die Deponie Käseburg für die Einlagerung frei gemessener Abbruchmaterialien aus dem KKV-Rückbau in Frage kommt. Das in Auftrag gegebene TÜV-Gutachten prüft nur die modellhaften Vorgaben, die konkrete Situation vor Ort war nicht Gegenstand der Untersuchung.

Noch immer werden der Landkreis und die betroffenen Bürger im Unklaren gelassen. Dies ist aus Sicht der UW-Fraktion im Kreistag nicht länger hinnehmbar.

Nach der Landtagswahl, der Regierungsneubildung und dem erfolgten Personalwechsel im zuständigen Ministerium sollte der Landkreis als zuständiger Entsorgungsträger in der Wesermarsch nun darauf drängen, dass endlich eine Entscheidung getroffen wird, damit sich

Verwaltung und Politik auf die damit verbundenen Konsequenzen einstellen können

Wir beantragen deshalb, dass die Kreisverwaltung das Landesumweltministerium auffordert, die Entscheidung bezüglich der Einlagerung „freigemessener“ Materialien aus dem KKW zeitnah bekanntzugeben und bitten um Einleitung entsprechender Schritte.

Olaf Michalowski  
Fraktionsvorsitzender

Reiner Gollenstede  
Stv. Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Seit fünf Jahren warten die Anwohner, die betroffenen Bürger, ihre gewählten Vertreter und die Kreisverwaltung auf die Ergebnisse der Einzelfallprüfung. Seit langem werden von Heiko Wöhler als Vertreter des als Gemeinschaft der Anlieger betroffenen Bürgervereins Sandfeld berechnete Fragen gestellt und akribisch zusammengetragene Dokumente vorgelegt, die den Eindruck erwecken, die Deponie sei sowohl vom Genehmigungsverfahren her als auch aufgrund der Boden- und Wasserverhältnisse nicht geeignet, den „freigemessenen Bauschutt“ aus dem KKW aufzunehmen. Auch Kreisverwaltung und die GIB haben sich zwischenzeitlich bemüht, Anfragen der betroffenen Bürger zu beantworten und so gut es ihnen möglich schien, das Verfahren transparent zu machen und die Sicherheit der Deponie gemäß neuer Erkenntnisse zu verbessern. Trotzdem bleibt vieles im Unklaren. Und auch die Presse fragt zu recht: „Warum dauert das Prüfverfahren so lange? ... Es ist an der Zeit, den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Wie lange will man mit der Genehmigung zur Einlagerung von Bauschutt aus dem Kernkraftwerk Unterweser (KKW) auf der Deponie noch hinter dem Berg halten? Wenn keine Gefahr für die Umwelt besteht, woran hakt es? ...“, „Noch immer werden die Bürger auf die Folter gespannt und im Unklaren gelassen. Langsam schwinden der Glaube und das Vertrauen in eine nach allen Seiten hin offene Prüfung“ (Ulrich Schlüter, NWZ)